

Evangelischer Regionalverband unterstützt Bündnis „Bildung statt Abschiebung“

Mit Sorge blickt ein breites Bündnis aus Sozialverbänden, Bildungsträgern, und zivilgesellschaftlichen Organisationen auf die aktuelle Migrationspolitik in Hessen. Mit der heute (8.12.2025) auf einer Pressekonferenz vorgestellten Resolution „Bildung statt Abschiebung“ wendet sich das Bündnis an die breite Öffentlichkeit. Die Diakonie Hessen gehört zu den Erstunterzeichner:innen.

In der Resolution heißt es, immer häufiger würden Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene abgeschoben, „obwohl sie gut integriert sind, zur Schule gehen oder einen Ausbildungsvertrag (in Aussicht) haben. Viele der Betroffenen kennen das Herkunftsland ihrer Eltern nur aus Erzählungen.“

Kritisiert wird, dass zunehmend geltende Bleiberechtsregelungen ignoriert oder unterlaufen werden. Zugleich schickt die Politik nach Ansicht des Bündnisses widersprüchliche Signale: Während vereinfachte Verfahren zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse geplant sind, werden gleichzeitig qualifizierte und dringend benötigte Auszubildende und Fachkräfte abgeschoben, wie das „drastische Beispiel“ einer jüngst aus Offenbach abgeschobenen Erzieherin zeige.

„Wir brauchen in Deutschland dringend Zuwanderung und gelingende Integration“

Das Bündnis fordert, alle bestehenden Bleiberechtsregelungen zugunsten der Betroffenen umzusetzen, die im Koalitionsvertrag der Landesregierung angekündigte professionelle Beratungsstruktur für Migrantinnen und Migranten aufzubauen sowie Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in Kita, Schule oder Ausbildung nicht abzuschieben.

Auch der Evangelische Regionalverband Frankfurt und Offenbach (ERV) hat die Resolution unterzeichnet und setzt damit ein deutliches Signal für eine humane, nachhaltige und bildungsorientierte Migrations- und Flüchtlingspolitik in Hessen. Anja Frank-Ruschitzka, designierte Geschäftsführerin des Fachbereichs Diakonie und Seelsorge im ERV, erklärt dazu:

„Der Evangelische Regionalverband Frankfurt und Offenbach unterstützt die Resolution ‚Bildung statt Abschiebung‘, weil wir in unseren diakonischen Diensten tagtäglich erleben, was die verschärfte Abschiebep Praxis für Menschen

mit Flucht- und Migrationsgeschichte bedeutet: Ihre Angst und Verunsicherung werden immer größer, sie sehen sich zunehmendem Druck ausgesetzt und müssen den Eindruck gewinnen, in Deutschland nicht gewollt zu sein.

Dabei brauchen wir in Deutschland dringend Zuwanderung und gelingende Integration, worauf besonders Arbeitsmarktexpertinnen und -experten hinweisen. Es ist daher eine widersinnige Politik, das Ringen um ein Bleiberecht zu eskalieren und auf Angst und Ausgrenzung zu setzen. Letztlich schadet das unserer Gesellschaft und der wirtschaftlichen Entwicklung. Und erhöht das Leid der Betroffenen.“

[Die Resolution „Bildung statt Abschiebung“ im Wortlaut](#)